

Auflistung der Einwendungen im Genehmigungsverfahren für das Heizkraftwerk der Papierfabrik Gebr. Lang GmbH in Ettringen

Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen lassen sich - geordnet nach Themenbereichen - nachfolgenden Einwendungsbegründungen und Forderungen zuordnen. Jede Einwendungsbegründung ist mit einer Nummerierung (Einwendungsindex) versehen.

11. Abfallwirtschaft

11.1 Deponiestandort

- 11.1.1.1 Es wird gerügt, dass die ganze Deponieproblematik offenbar in einem anderen Verfahren - ohne Öffentlichkeitsbeteiligung - geklärt werden soll. Es könnte außerdem gut sein, dass die Flurstücke für die geplante Anlage gar nicht vollständig zur Verfügung stehen. Wir fordern spätestens auf dem Erörterungstermin eine genaue Darlegung, was in dem anderen die Deponie betreffenden Verfahren zur Disposition steht und auf welchem Stand das Verfahren ist.
- 11.1.1.2 Um das erforderliche Baufeld auf einer Fläche von ca. 14.000 m² herzustellen, muss ein teilweiser Abbau der Deponie erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass diese Deponie auch Altlasten enthält. Ausreichende Untersuchungen hierzu und zu möglichen Belastungen durch die Bauarbeiten liegen nicht vor. Der Austritt von Deponiegas ist zu befürchten. Den Genehmigungsunterlagen ist nicht zu entnehmen, wie der Abbau der Deponie erfolgen soll und wo die Abfälle entsorgt bzw. zwischengelagert werden. Laut Herrn Dr. Krauthauf sollen die Abfälle der Deponie in der neuen Anlage verbrannt werden.
- 11.1.1.3 Die im Moment auf dem Baufeld befindliche versiegelte, jahrzehnte alte Mülldeponie muss teilweise entfernt werden. Es ist wahrscheinlich, dass sich hier Altlasten befinden (Altlastenverdachtsfläche). Eine Mobilisierung von Altlasten und eine Kontamination der Umwelt sind sehr zu befürchten. Dies kann zum einen durch Sickerwasseraustritt nach der Öffnung, bei den Baumaßnahmen durch Fahrzeugverkehr, beim Abtragen des Bodens, aber auch bei Rammarbeiten geschehen. Es sind massive Beeinträchtigungen durch Schadstoffe zu befürchten. Über eine Genehmigungsfähigkeit kann nicht entschieden werden, bevor durch ein umfassendes Gutachten vollkommene Klarheit über diese Risikofaktoren herrscht. Die Einwender/innen verlangen, dass die Altlasten in absehbarer Zeit zum dauerhaften Schutz der Gesundheit saniert bzw. sachgerecht entsorgt werden. Es ist außerdem unzulässig, diesen Altmüll mit undefinierter Zusammensetzung später in der Anlage zu verbrennen.
- 11.1.1.4 Nach unserem Erkenntnisstand ist ein entsprechender Antrag für den Deponierückbau noch nicht bei der Regierung von Schwaben eingegangen.
- 11.1.1.5 Es wird beantragt, das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren auszusetzen bis eine Entscheidung hinsichtlich der notwendigen bodenschutzrechtlichen (nach § 4 BBodSchG) Maßnahmen ergangen ist.
- 11.1.1.6 Es liegen bislang keine Untersuchungen darüber vor ob und in welchem Umfang Schadstoffe in der Deponie als Folge der geplanten Baumaßnahme und des Betriebs der Anlage mobilisiert werden können und zu Verunreinigungen des Grundwassers, des Trinkwassers, der Wertach und weiteren Gewässern führen.

Auflistung der Einwendungen im Genehmigungsverfahren für das Heizkraftwerk der Papierfabrik Gebr. Lang GmbH in Ettringen

11.1.7 Die im ersten Antrag nördlich des Firmengeländes beantragten Flächen für den Rückbau der Deponie wurden im zweiten, laufenden Antrag nicht ausdrücklich herausgenommen.

11.2 Ordnung und Ziele der Abfallwirtschaft

11.2.1 Die Anlagenplanung und die Herstellung von Ersatzbrennstoff verstoßen gegen die Ziele der Abfallwirtschaft (des KrW-/AbfG), wonach Maßnahmen zur Vermeidung solchen zur Verwertung und Maßnahmen der Verwertung denen der Beseitigung Vorrang einzuräumen ist. Durch die Herstellung von EBS und den Bau von Ersatzbrennstoffanlagen wird hingegen das Vermeidungsprinzip konterkariert, da ein Bedarf erzeugt und ein Markt geschaffen wird. Hier handelt es sich voraussichtlich nicht einmal um eine Abfallverwertung, sondern um Abfallbeseitigung. Das zur Verbrennung angelieferte Material ist Abfall zur Beseitigung. Da im vorliegenden Fall der größte Massenanteil der zu verbrennenden Stoffe aus niederkalorischen Abfällen besteht, handelt es sich bei der beantragten Reststoffanlage im Hauptzweck um eine Abfallverbrennung zur Beseitigung der Schadstoffen.

11.2.2 Dem Grundsatz der Abfallvermeidung wird nicht entsprochen: Ein grundlegender Nachteil des Trockenverfahrens bei der Rauchgasreinigung gegenüber nassen mehrstufigen Verfahren ist die deutlich höhere Abfallmenge. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Trockenverfahren einen deutlich höheren Einsatz an Sorptionsmittel erforderlich macht und dass Flugaschen, Reaktionsprodukte und verbrauchter Aktivkoks als Sammelabfall mit höchst unspezifischen Abfalleigenschaften anfallen.

11.2.3 Die geplante Anlage steht im Widerspruch zur bayerischen Abfallwirtschaftsplanung, wonach die Annahme von Abfällen außerhalb Bayerns nur ausnahmsweise und nur unter Berücksichtigung der Entsorgungssicherheit und der Beseitigungsautarkie Bayerns erfolgen darf. Sie steht auch im Widerspruch zur lokalen sowie überörtlichen (Landschafts-)Planung.

11.2.4 Die zusätzliche Müllverbrennungsanlage ist in unserer Region völlig überflüssig, da die Müllentsorgung auch ohne diese Anlage sehr gut funktioniert. Eine weitere Anlage würde eine Kapitalzerstörung und Vergeudung von Steuergeldern bedeuten (Minderauslastung öffentlicher MVA's). Zusätzliche Verbrennungskapazitäten führen außerdem zu mehr Müll(import).

11.2.5 Wir fordern, dass die anfallenden Abfälle der Papierfabrik in einer kommunalen Müllverbrennungsanlage verbrannt werden.

11.2.6 Es ist fraglich, ob die für den Betrieb der Anlage erforderlichen EBS angesichts der Überkapazitäten auf dem Entsorgungsmarkt in Deutschland langfristig vertraglich gebunden werden können und ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlage möglich ist.

11.2.7 Die Verbrennung von Klärschlamm steht im Widerspruch zum bayerischen Wirtschaftsplan, wonach Stoff- und Produktkreisläufe (hier Humus und Phosphor) geschlossen werden sollen. Ziel müsste eine landwirtschaftliche Verwertung sein.

11.2.8 Der Einsatz von Ersatzbrennstoffen darf nicht zu gefährlichen Sekundärabfällen führen.

Auflistung der Einwendungen im Genehmigungsverfahren für das Heizkraftwerk der Papierfabrik Gebr. Lang GmbH in Ettringen

- 11.2.9 Hochbelastete Klärschlämme sollten in speziellen Anlagen entsorgt werden. Niedrigbelastete könnten und sollten hingegen der landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden.
- 11.2.10 Ein Nachweis, dass es sich bei dem zu verbrennenden Abfall um Abfall zur Verwertung handelt, wird insbesondere im Hinblick auf den geringen Heizwertes nicht erbracht.
- 11.2.11 Bezogen auf den beantragten höheren Schadstoffgehalt im EBS im Vergleich zu Hausmüll stellt die Aufbereitung zu EBS gemäß § 5 Abs. 5 Satz 2 KrW-/AbfG keine Verwertung dar, da gemäß den beantragten höheren Schadstoffgehalten Schadstoffe im Brennstoff angereichert werden. Somit stellt auch die nachfolgende Verbrennung der EBS und weiterer Abfälle keine Abfallverwertung dar.

11.3 Entsorgung der anfallenden Abfälle

- 11.3.1 Die erforderlichen Entsorgungsnachweise für die z. T. stark belasteten Aschen und Rückstände aus dem Verbrennungsprozess, die in großen Mengen anfallen, sind unvollständig oder fehlen. Analysen hierzu fehlen.
- 11.3.2 Die Verwertung bzw. die Beseitigung der MVA-Abfälle (Schlacke, Filterasche, Flugasche, Filtereinsätze) ist nicht auf Dauer sichergestellt, bzw. verursacht weitere Umweltbelastungen. Eine Verwertung der Aschen im Straßenbau lehnen wir aufgrund der damit zusammenhängenden Grundwasserbelastung ab.

11.4 Verwertung der anfallenden Abfälle

- 11.4.1 In der Anlage werden hohe Mengen an Filterstäuben anfallen, die aufgrund der einstufigen Auslegung der Rauchgasreinigung nicht entsprechend den Vorgaben des KrW-/AbfG und des BImSchG so getrennt gehalten werden, dass eine hochwertige Verwertung der einzelnen Rückstände möglich wird.
- 11.4.2 Die hohen Elementgehalte des Brennstoffs verursachen eine hohe Belastung der Schlacken, so dass besondere Schutzmassnahmen erforderlich sind und eine Verwertung der Schlacken nur noch bedingt möglich ist.
- 11.4.3 Dem Minimierungs-, Vermeidungs-, Getrennthaltungs- und Verwertungsgebot des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und des BImSchG wird insgesamt nicht Rechnung getragen.

11.5 Sonstiges

- 11.5.1 Das Vorhaben ist aufgrund der gesetzlichen Abfallvorschriften nicht genehmigungsfähig.
- 11.5.2 Die Schwellenwerte nach der Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungs-Verordnung vom 18.01.2006 werden erheblich überschritten.

Auflistung der Einwendungen im Genehmigungsverfahren für das Heizkraftwerk der Papierfabrik Gebr. Lang GmbH in Ettringen

- 11.5.3 Es ist immer noch nicht geklärt, was mit der alten Deponie auf dem Werksgelände passieren soll und ob diese ausreichend abgesichert ist gegen austretende Schadstoffe. Wir fordern entsprechende Untersuchungen und eine Beseitigung der vorliegenden bzw. zu erwartenden Beeinträchtigungen.